



# Barthle-Brief

Nr. 19

**Berlin aktuell**  
Die Woche im Bundestag

17.9.2010

Thema der Woche:

## **Wir sind auf dem richtigen Weg** **Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2011 – Haushaltswoche im Bundestag**

Die erste Sitzungswoche nach der Sommerpause markierte mit den Beratungen über den Bundeshaushalt des Jahres 2011 und der mittelfristigen Finanzplanung bis zum Jahr 2014 den Auftakt zur zweiten parlamentarischen Halbzeit dieses Jahres. Nach der Einbringung des Haushaltsentwurfs des Bundes durch Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble in den Bundestag standen die Einzelpläne der Ministerien in den Debatten im Mittelpunkt. Vier Tage lang erörterte der Bundestag in dieser Woche den Haushaltsentwurf in erster Lesung. Das Haushaltsgesetz 2011 mit seinen Anlagen, den 22 Einzelplänen, und der Finanzplan des Bundes 2010 bis 2014 wurden dann im weiteren parlamentarischen Verfahren zur federführenden Beratung an den Haushaltsausschuss überwiesen. Die abschließende Lesung im Bundestag wird vom 23. bis 26. November 2010 stattfinden. Bundesfinanzminister

Schäuble stellte in seiner Einbringungsrede mit dem Leitmotiv „Solide Staatsfinanzen durch eine wachstumsfreundliche Defizitreduzierung“ Ziel und Strategie der Bundesregierung für den Haushalt 2011 und die Finanzplanung bis 2014 dar. Der durch die Bundesregierung eingebrachte Haushaltsentwurf markiere einen Wendepunkt in der Haushalts- und Finanzpolitik des Bundes, so der Minister. Er machte am Beispiel der Sozialausgaben, dem größten Einzelposten im Bundeshaushalt, deutlich: „Wir machen mit der Wende bei den Ausgaben zum ersten Mal Ernst“. Lagen die Ausgaben im Bundeshaushalt 2010 noch bei 319,5 Milliarden Euro, so sollen diese sich nach dem vorgelegten Entwurf in 2011 auf 307 Milliarden Euro und in 2012 auf 301 Milliarden Euro reduzieren. Schäuble betonte: „Damit schaffen wir erstens die Voraussetzungen dafür, dass wir das Wachstum der Ausgaben unter dem Anstieg des Bruttoinlandsproduktes halten – das ist die entscheidende Größenordnung, um die zu hohe Ver-

schuldung dauerhaft zurückzuführen –, und zweitens dafür, dass wir die Neuverschuldung zurückführen.“

In der Generalausprache zur Regierungspolitik, die in der Haushaltswoche traditionell anlässlich der Beratungen über den Etat des Bundeskanzleramtes geführt wird, kündigte Bundeskanzlerin Angela Merkel einen „Herbst der Entscheidungen für wichtige Weichenstellungen in Deutschland“ an. Die Opposition betreibe eine rückwärtsge wandte Politik, die christlich-liberale Koalition habe das Land voran gebracht. Deutschland sei wieder die „Wachstumslokomotive“ in Europa. In den vergangenen Monaten hätten Union und FDP eine Kreditklemme verhindert, die Lohnzusatzkosten stabil gehalten, die Konjunkturprogramme vorangebracht und das Kindergeld erhöht. Nach zwei Jahren nach dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers in den Vereinigten Staaten habe Deutschland ein großes Stück des Weges zur Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise geschafft. „Wir haben Grund zur Zuversicht“, stellte Merkel fest. Der Arbeitsmarkt habe sich in der Krise robust gezeigt, die Arbeitslosigkeit sei wieder auf rund drei Millionen gesunken. „Ob zwei Millionen Menschen weniger arbeitslos sind oder nicht, das ist eine zentrale Frage der Gerechtigkeit in unserem Land“, hob die Kanzlerin hervor. In einer kämpferischen Rede setzte sich die Bundeskanzlerin für die Zeit bis 2020 ehrgeizige Ziele: die Rückführung der Schulden, die Verwirklichung des Energiekonzepts, die Gesundheits- und Bundeswehrreform sowie die Sicherung der Sozialsysteme. Mit dem Bundeshaushalt, den die Bundesregierung in den Bundestag eingebracht hat, werde der Weg solider Finanzen beschritten. „Nicht einzelne haben über die Verhältnisse gelebt. Die Politik hat in den vergangenen Jahren nicht die Kraft aufgebracht, für die Zukunft Vorsorge zu tragen“, sagte Merkel.

## **Stuttgart 21 war Thema im Bundestag**

In der Generalaussprache zur Regierungspolitik bekannten sich führende Politiker der Union zum großen Infrastrukturprojekt im Südwesten. Allen voran die Bundeskanzlerin: „Die Grünen sind immer für die Stärkung der Schiene. Wenn es aber einmal um einen neuen Bahnhof geht, sind sie natürlich dagegen.“ An die SPD gerichtet, sagte sie: „Die SPD war jahrelang für Stuttgart 21. Jetzt, wo man ein bisschen dafür kämpfen muss, fangen Sie an, dagegen zu sein. Diese Art von Standhaftigkeit ist genau das, was Deutschland nicht nach vorne bringt. Wir wollen etwas anderes.“ (Hintergrund: In dieser Woche stellte die SPD-Bundestagsfraktion den Antrag, das Infrastrukturprojekt Stuttgart 21 bis zu einer Volksentscheidung zu stoppen.) Die Bundeskanzlerin führte weiter aus, dass man bei völlig rechtmäßig getroffenen Entscheidungen keine Bürgerbefragung in Stuttgart brauche. „Vielmehr wird genau die Landtagswahl im nächsten Jahr die Befragung der Bürger über die Zukunft Baden-Württembergs, über Stuttgart 21 und viele andere Projekte sein, die für die Zukunft dieses Landes wichtig sind. Das ist unsere Aussage“, so die Bundeskanzlerin weiter.

Auch der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder äußerte sich zu Stuttgart 21. Mit der Opposition sei eine Weiterentwicklung dieses Landes nicht möglich, da gehe es immer nur zurück in die Vergangenheit. Beispielhaft nannte Kauder die Proteste gegen den neuen Stuttgarter Hauptbahnhof, Stuttgart 21. Bei diesem Projekt gehe es um eine moderne europäische Verkehrsperspektive, nicht nur um einen Bahnhof. Wenn der Neubau verhindert würde, würde die notwendige Modernisierung der Infrastruktur verhindert. Er warf der Opposition verantwortungsloses Handeln vor. „Bei Stuttgart 21 geht es nämlich nicht allein um Stuttgart, sondern es geht um eine große europäische Verkehrsentwicklung, von der nicht nur die Zukunft unseres Landes, sondern auch die Zukunft Europas abhängt. Sie sind gegen das Projekt, obwohl Sie wissen, dass es eine Zukunftsperspektive für Baden-Württemberg, für Deutschland und Europa bietet. Das nenne ich verantwortungslos. Herr Gabriel, man wird nicht richtig schlau, was Sie eigentlich genau wollen. Das ist

das eigentlich Schlimme. Ihr Parteifreund Ivo Gönner aus Ulm hat gesagt: Eine Partei, die in schwieriger Situation, wenn es ernst wird, nicht die Kraft hat, zu stehen, ist keine Regierungspartei mehr. – Das hat Ivo Gönner von der SPD gesagt, nicht wir. Genauso ist es. Wer Entscheidungen mitträgt und zirkular sagt, sie müssten sein, dann aber umfällt, der hat kein Recht, in diesem Land zu regieren; denn er bringt dieses Land nicht voran, sondern wirft es zurück.“

Der Vorsitzende der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag, Thomas Strobl, und der baden-württembergische Verkehrspolitikler Steffen Bilger haben den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion, das Infrastrukturprojekt Stuttgart 21 bis zu einer Volksentscheidung zu stoppen, als „billigen Populismus“ bezeichnet: „Bis vor kurzem war die SPD selbst noch Verfechter von Stuttgart 21, und maßgebliche Vertreter der Partei haben das Projekt als ‚unumkehrbar‘ bezeichnet. Daran hat sich in den letzten Tagen selbstverständlich nichts geändert. Stuttgart 21 ist demokratisch einwandfrei legitimiert, Gerichte haben zig Klagen gegen das Projekt zugunsten der Projektträger entschieden, die Deutsche Bahn AG als Bauherr hat das Baurecht erworben. Die SPD vollzieht jetzt eine 180-Grad-Drehung und verliert damit ihre politische Glaubwürdigkeit.“

Und Norbert Barthle, haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sagte in der Schlussrunde am Freitag: „Wenn der Rechtsgrundsatz ‚pacta sunt servanda‘, also ‚Verträge sind einzuhalten‘, in Deutschland nicht mehr gilt, wenn sich Investoren bei Großprojekten nicht mehr auf politische Entscheidungen verlassen können, dann wird Deutschland zur Bananenrepublik. Dann bekommt der Titel des Buches von Thilo Sarrazin, „Deutschland schafft sich ab.“ eine ganz neue Bedeutung.“

### **Zitat**

„Wir haben einen Haushalt, bei dem immer noch jeder fünfte Euro mit Schulden finanziert ist. Aber wir haben einen Weg eingeschlagen, auf der Grundlage der Schuldenbremse, der genau damit Schluss macht.“

(Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Generaldebatte zur Regierungspolitik an diesem Mittwoch)